



## Transparenz bei Finanzhilfen

In einer demokratischen Gesellschaft haben Steuerzahlerinnen und Steuerzahler das Recht, über die Ausgabe und Verwendung öffentlicher Mittel informiert zu werden. Die Europäische Union hat sich dementsprechend einer "Politik der Offenheit" verschrieben, und bereits im Jahr 2005 innerhalb ihrer "Europäischen Transparenzinitiative" mehr Klarheit und Veröffentlichungen gefordert.

Als Folge können seit Oktober 2006 Informationen über Empfängerinnen und Empfänger von EU-Finanzhilfen, so wie EU-Auftragnehmerinnen und Auftragnehmer, die aus dem EU-Haushalt direkt bezahlt wurden, auf der EUROPA-Website abgerufen werden. Seit 2009 veröffentlicht diese Website auch Informationen über öffentliche Aufträge und eine Übersicht über andere Verwaltungsausgaben der Kommission. Personalkosten sind von dieser Übersicht allerdings ausgenommen.

Das europäische Finanztransparenzsystem enthält genaue Angaben, an wen die Zahlungen direkt geleistet wurden. Diese Zahlungen umfassen gewöhnlich ca. 20% des EU-Haushalts und fallen üblicherweise in die Politikbereiche Forschung, Bildung und Ausbildung so wie Verkehr und Energie.

EU-Bürgerinnen und Bürger können sich also informieren, wie ihre Steuern verwendet werden, und ob die Kommission ihre Befugnisse verantwortlich nutzt.

Neben diesen – von der EU-Kommission zentral und direkt verwalteten – Mitteln gibt es Finanzleistungen, die gemeinsam von der EU und den Mitgliedstaaten verwaltet werden. Gewöhnlich betrifft dies die Gemeinsame Agrarpolitik, die Strukturfonds (regionale Entwicklung und Beschäftigung) und die Fischereipolitik. In diesen Feldern überträgt die EU den Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Verwaltung der Mittel.

Lange gab es im Bereich der gemeinsam verwalteten Mittel keine einheitlichen Regelungen, wie viele Informationen die einzelnen Mitgliedstaaten publik machen müssen.

Im Bereich der Agrarpolitik hat eine EU-Verordnung (Nr. 259/2008) aus dem Jahr 2008 jedoch einen einheitlichen Rechtsrahmen hinsichtlich der "Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Mitteln aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)" geschaffen. Die Verordnung trat am 19. März 2008 in Kraft. Die ersten Publikationen erfolgten bereits innerhalb weniger Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung. Die Kommission hat dazu eine Website mit entsprechenden Links zu den Veröffentlichungen der Mitgliedstaaten eingerichtet.

Auch im Bereich der Fischereipolitik müssen die Mitgliedstaaten, die Mittel von der EU zugewiesen bekommen, bestimmte Informationen – mindestens den Namen der Begünstigten, den Namen des geförderten Einsatzbereiches und den zugewiesenen Betrag – veröffentlichen.

Analog müssen alle direkten Begünstigten der Europäischen Sozial- und Kohäsionspolitik entsprechend der Umsetzungsbestimmungen der Fonds 2007-2013 (EG Nr. 1828/2006) von den Mitgliedstaaten öffentlich bekannt gegeben werden.



Foto: Europäische Kommission

Zukünftig wird es allerdings zu Änderungen im Bereich der Veröffentlichung der zugewiesenen Finanzmittel kommen. Am 9. November 2010 hat der Gerichtshof der Europäischen Union im Rahmen einer Vorabentscheidung (Rechtssachen C-92/09 und C-93/09): die Rechtsgrundlage "für die Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Mitteln der gemeinsamen Verwaltung" teilweise für ungültig erklärt. Hessische Landwirte, die Mittel aus den europäischen Landwirtschaftsfonds empfangen hatten, haben in der Veröffentlichung ihrer Namen und der zugewiesenen Beträge eine Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte (Achtung des Privatlebens und Schutz der personenbezogenen

Daten) gesehen und vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden geklagt. Das nationale Gericht hat einen ungerechtfertigten Eingriff in das Grundrecht auf Schutz der personenbezogenen Daten gesehen und den Gerichtshof ersucht, die Gültigkeit der entsprechenden Rechtsvorschriften zu prüfen. Die europäischen Richter hoben hervor, dass die "Verpflichtung zur Veröffentlichung der Namen natürlicher Personen, die Empfänger einer solchen Beihilfe sind, und der genauen Beträge, die sie erhalten haben" bezogen auf die Transparenzziele tatsächlich unverhältnismäßig sei. Steuerzahlerinnen und -zahler hätten in einer Demokratie zwar einen Informationsanspruch bezogen auf die Verwendung der öffentlichen Gelder, aber die verschiedenen beteiligten Interessen müssten ausgewogen gewichtet werden.

Infolge dieser EuGH-Entscheidung veröffentlicht Deutschland vorerst nur die Daten über die Zuschüsse an deutsche Betriebe und Großunternehmen; die Daten von natürlichen Personen bleiben gesperrt (Gesamtzahlungen in Deutschland im Jahr 2010: etwa 7 Mrd. Euro). Bis Ende 2011 will die Kommission eine Neuregelung für die 27 Mitgliedsstaaten vorschlagen.

## Links

### **Informationen zur Europäischen Transparenzinitiative**

[http://ec.europa.eu/transparency/eti/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/transparency/eti/index_de.htm)

### **Finanzhilfeempfänger und Auftragnehmer der EU**

[http://ec.europa.eu/contracts\\_grants/beneficiaries\\_de.htm](http://ec.europa.eu/contracts_grants/beneficiaries_de.htm)

### **Finanztransparenzsystem**

[http://ec.europa.eu/beneficiaries/fts/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/beneficiaries/fts/index_de.htm)

### **Transparenzinitiative in der Agrarpolitik**

[http://ec.europa.eu/agriculture/funding/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/funding/index_de.htm)

### **Transparenzinitiative der Fischereipolitik**

[http://ec.europa.eu/fisheries/contracts\\_and\\_funding/the\\_european\\_transparency\\_initiative/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/fisheries/contracts_and_funding/the_european_transparency_initiative/index_de.htm)

### **Transparenzinitiative im Bereich des Sozialfonds**

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/esf/discover/article\\_7093\\_de.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/esf/discover/article_7093_de.htm)

### **Transparenzinitiative im Bereich des Kohäsionsfonds**

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/country/commu/beneficiaries/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/regional_policy/country/commu/beneficiaries/index_en.htm)

### **Pressemitteilung des Gerichtshofs der Europäischen Union & Veröffentlichung im Amtsblatt**

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-11/cp100110de.pdf>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:013:0006:0007:DE:PDF>